



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Kathrin Schweizer, SP-Fraktion: Verhindern von Atomanlagen in der Nachbarschaft: Stand Umsetzung des Verfassungsauftrags**

Autor/in: [Kathrin Schweizer](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 31. März 2011

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Atomkraftwerk-Katastrophe von Fukushima hat uns alle stark betroffen gemacht. Sie lässt die Bevölkerung auch unsere eigene Sicherheit im Zusammenhang mit Atomkraftwerken hinterfragen.

Der Kanton Basellandschaft besitzt seit 1984 einen Passus in der Verfassung, der den Bau von AKWs im Baselbiet verhindert und die Regierung in die Pflicht nimmt, sich gegen AKWs in der Nachbarschaft einzusetzen. Trotzdem sind unsere beiden Energielieferanten EBM und EBL an Unternehmen beteiligt, die AKWs planen.

In der [Beantwortung](#) der Interpellation [2008/173](#) hat der Regierungsrat in einer längeren Abhandlung erläutert, wie sich der Begriff Nachbarschaft definiert. Er versprach auch, sich gegen das Atomkraftwerk Niederamt einzusetzen.

Ich bitte den Regierungsrat folgende Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Ist der Regierungsrat auch nach der Katastrophe in Fukushima noch der Meinung, dass die Bevölkerung nur innerhalb eines 20km-Radius um ein AKW besonders gefährdet ist?
2. Welche Schritte hat der Regierungsrat getätigt, um darauf hinzuwirken, den Verfassungsauftrag zu erfüllen und dafür zu sorgen, dass keine Atomkraftwerke in der Nachbarschaft errichtet werden?
3. Welche Schritte hat er getätigt, damit keine Lagerstätten für radioaktive Rückstände errichtet werden?
4. Wie stellt sich der Regierungsrat zum nicht verfassungskonformen Unterstützungskurs von EBM und EBL?